

Stefan Bühler

Simonetta Sommaruga drückt aufs Tempo. Während die Energiepolitiker des Ständerats in diesen Tagen über den Ausbau der erneuerbaren Energien diskutieren, bringt die Energieministerin voraussichtlich am Mittwoch die nächste, weitreichende Reform des Energiegesetzes in den Bundesrat. Diese verfolgt zwei Stossrichtungen: Die Bewilligungsverfahren für grosse Wind- und Wasserkraftanlagen sollen markant beschleunigt werden. Ziel ist es, über den Ausbau von Wind- und Wasserkraft die Eigenversorgung und damit die Versorgungssicherheit zu stärken, bevor die AKW vom Netz gehen. Das hat Sommaruga selber bereits öffentlich angekündigt.

Neu ist die zweite Stossrichtung der Reform: Sommaruga will den Ausbau der Solarkraft künftig gesetzlich für alle Neubauten vorschreiben.

Hausbesitzer und Mieter soll es nichts kosten

Das erschliesst sich aus den internen Unterlagen, welche die Bundesrätin bei den zuständigen Ämtern der Verwaltung in Konsultation geschickt hat. Sie liegen dieser Zeitung vor. Unter dem Titel «Pflicht zur Nutzung der Solarenergie bei Gebäuden» will sie folgende Bestimmung ins Energiegesetz einfügen: «Beim Bau neuer Gebäude ist auf den Dächern oder an den Fassaden eine Solaranlage wie eine Fotovoltaik- oder eine Solarthermieanlage zu erstellen.» Ausnahmen sind nur vorgesehen, falls der Bau der Anlage nicht wirtschaftlich oder technisch nicht möglich ist, oder wenn die Installation anderen Vorschriften widerspricht, etwa dem Schutz eines Ortsbildes oder dem Denkmalschutz.

Die Gesetzesrevision sieht freilich nicht nur neue Pflichten vor, Sommaruga will die Zwangsinvestitionen finanziell abfedern: Wer ein Gebäude neu erstellt, soll die Kosten für die Solaranlage von den Steuern abziehen können. Heute ist dieser Abzug nur bei der Installation von Anlagen auf bestehenden Gebäuden möglich.

Zwar dürften wegen der Solar-Pflicht die Baukosten stei-



«Pflicht zur Nutzung der Solarenergie bei Gebäuden»: Simonetta Sommaruga bei der Einweihung einer Solaranlage in der Nähe von Genf.
Bild: Jean-Christophe Bott/Keystone

gen. Doch schätzen Fachleute des Bundes, dass dank dem Steuerabzug sowie der Erträge aus dem Betrieb der Anlage diese Auslagen über die Zeit mehr als kompensiert werden. Entsprechend sollte sich Sommarugas Solarkraft-Befehl nicht auf die Mietpreise auswirken.

Mit Verlusten haben hingegen die Steuerbehörden zu rechnen, wie den Papieren der

Ämterkonsultation zu entnehmen ist: Wegen der neu erlaubten Steuerabzüge sei mit Mindereinnahmen von 55 bis 70 Millionen Franken zu rechnen: «Etwa 30 Prozent dieser Mindereinnahmen dürften bei der direkten Bundessteuer anfallen, 70 Prozent bei den Kantons- und Gemeindesteuern», schreibt Sommarugas Departement. Dem Vernehmen nach

kommentierten die Departemente der beiden SVP-Bundesräte Maurer und Parmelin die Möglichkeit der Abzüge in der Ämterkonsultation kritisch.

Mit Ihren Vorschlägen surft die SP-Bundesrätin auf einem internationalen Trend: Das Bundesland Baden-Württemberg hat eine Solar-Pflicht auf dieses Jahr eingeführt, Deutschlands Klimaminister Robert Habeck

will sie auf die gesamte Bundesrepublik ausdehnen. Sommaruga übernimmt Forderungen der Solar-Lobby und sie beschleunigt eine Entwicklung, die in vielen Kantonen bereits angestossen ist. So hat der Verband Swissolar in den letzten Tagen einen Forderungskatalog präsentiert, der unter anderem eine Solar-Pflicht für alle Neubauten sowie grosse Umbauten fordert. Die Kantone sollten dies bis 2025 in ihren Mustervorschriften verankern. In der Tat kennen laut einem Bericht des «Tages-Anzeigers» bereits 18 Kantone eine Solar-Pflicht. In Basellandschaft hat sie die Regierung diese Woche in Vernehmlassung geschickt, in Bern ist eine entsprechende kantonale Initiative hängig. Sommaruga erhöht nun den Druck und strebt eine nationale Lösung an.

FDP-Nationalrat forderte Steuerabzug schon 2019

Dies dürfte die Hauseigentümer auf den Plan rufen, deren Verband sich schon zu den Forderungen von Swissolar kritisch geäussert hat. Das heutige Fördersystem sei ausreichend, wenn schon, sollten Hauseigentümer beispielsweise für Strom aus ihren Solaranlagen, den sie ins Netz einspeisen, besser vergütet werden. Wie stark dieser Widerstand sein wird, lässt sich noch nicht abschätzen. Zumal Sommaruga mit den Steuerabzügen eine konkrete Forderung der Bürgerlichen in die Vorlage packt: FDP-Nationalrat Jacques Bourgeois forderte sie in einer Motion schon 2019, mit dem Ziel, «dass die Dächer aller Neubauten auf der geeigneten Seite mit Sonnenpaneelen statt mit herkömmlichen Ziegeln gedeckt werden». Der Bundesrat empfahl sie noch zur Ablehnung.

Die Motion war gestern Freitag auch traktandiert in der zuständigen Kommission des Ständerats. Deren Präsidentin Elisabeth Baume-Schneider (SP) sagte nach der Sitzung auf Anfrage, die Kommission sei auf die Revision des Energie- und des Stromversorgungsgesetzes eingetreten. Man habe «konstruktiv und in guter Atmosphäre» diskutiert. Die Kommission habe aber bis im Februar Still-schweigen über den Stand der Debatte beschlossen.